

Am 12. und 13. Juli fand das Stadtentwicklungssymposium zu Konversion in Mannheim statt. Unter dem Titel „Übungsräume für eine offene Gesellschaft – Perspektiven einer kooperativen Planungskultur“ zogen Verantwortliche und Beobachterinnen ein frühes Résumé, und Transformationsforscher, Architektinnen, Geoinformatiker und Professorinnen teilten ihr Wissen vor einem zu schlecht besuchten aber durchaus kritischen Saal.

Text **Caroline Kraft**

Von Militär zu Miteinander

Vor zehn Jahren stimmte bei dem Entscheid für eine Bundesgartenschau 2023 in Mannheim nur knapp mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten mit „ja“ – sie sahen in der BUGA eine Chance für Mannheim, während die unterlegene Hälfte meinte, die Stadt habe zu viele Probleme, die es zuvor zu beheben gelte. Für Oberbürgermeister Peter Kurz bedeutete die Realisierung der BUGA einen Katalysator, für das Gelingen der Konversion. Der Politiker steht nun am Ende seiner Amtszeit, seit fünfzig Jahren wird in der SPD-Stadt bald wieder die CDU regieren.

„Beklemmung“ empfand Kurz, als die US-Armee 2010 ankündigte, ihre Mannheimer Standorte bis Ende 2015 aufzugeben. 25.000 Menschen würden aus der Stadt verschwinden, über 500 Hektar Fläche würden erstmals seit 65 Jahren für die Stadt nutzbar sein. Eine Chance – und eine enorme Herausforderung. So kaufte die Stadt schnellstmöglich die Flächen auf, eine „Geschäftsstelle Konversion“ mit kommunalem Gestaltungsbeirat wurde eingerichtet, die BUGA kam. Seitdem sind sieben der acht frei gewordenen Militärfelder teils neu genutzt: Stadtquartiere, Gewerbepark, Landschaftsschutzgebiet, Sportflächen. Nur die Rückgabe der Coleman-Barracks, über 200 Hektar groß, wurde vertagt: Seit April 2022 sind sie ein wichtiger Lagerort für Material und Gerät der US-Armee zur Versorgung der ukrainischen Armee.

Wie läuft nun also die Konversion in Mannheim, wo der Stadtteil Käfertal durch seine Konversionsflächen der am schnellsten wachsende Deutschlands ist? Es gibt nicht nur eine Antwort auf diese Frage, zu unterschiedlich sind die Interessen der Beteiligten, die im Mannheimer Luisenpark für zwei Tage zusammenkommen. Dass Konversion ein unersetzbares Werkzeug unserer zukünftigen Planungskultur ist, dürfte niemand

abstreiten. Martin Rist, Leiter des Referats für Städtebau im Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg, betont zu Anfang der Tagung einen der Hauptgründe für Konversion: „Identitätslose Städte können wir uns nicht mehr leisten.“ Das ist richtig, lässt sich allerdings in den neueren Mannheimer Quartieren mitnichten überall erkennen.

Vom Wert des Vorhandenen spricht auch Jean-Philippe Vassal, der als Architekt mit Anne Lacaton nach dem Prinzip „never demolish“ vor allem anbaut statt neu baut. Davide Brocchi, Sozialwissenschaftler und Transformationsforscher in Köln, bekräftigte, dass eine enge Verbindung zwischen Mensch und Raum für eine demokratische Stadt notwendig sei, da sonst keine Partizipation stattfindet. Das würde für Mannheim nichts Gutes bedeuten, lag doch die Wahlbeteiligung zur OB-Wahl im Juli bei 32 Prozent. Gleichzeitig weiß Brocchi: Partizipation lässt sich nicht planen. „(Un)known unknowns“ nennt Stefan Rettich jene Faktoren, die Planende nicht vorhersehen können, ausgelöst durch globale Krisen – aber auch die pure Unlust eines Menschen, mit dem anderen zu interagieren, ist einzukalkulieren. Damit Interaktion möglich werden könne, brauche es jedenfalls mehr Spielraum: Städte bräuchten eine Agora als gemeinschaftlich eingerichteten, öffentlichen Platz der Interaktion.

Eine solche Agora scheint am Spinelli-Park, der ebenso wie der Luisenpark BUGA-Gelände ist, gerade zu entstehen. Sally Below, Mitinitiatorin des Symposiums und des „Spinelli FreiraumLab“, spricht von „Zwischenbereichen der Konversion“ und meint damit die Stadträume zwischen Bestehendem, in die Jahre Gekommenem, Etabliertem und neuen Quartieren. Christopher Dell, ebenso wie Below zuständig für das

Konzept des Symposiums, appelliert an die Planenden: „Verlasst euren Schreibtisch!“ Draußen, auf der „Piazza Spinelli“, zwischen Kirchengemeinde und Sportverein, finden Veranstaltungen statt, Austausch, Kennenlernen, gemeinsame Identitätsbildung. Karl-Heinz Imhäuser, Vorstand der Montag Stiftung Denkwerkstatt Bonn, sieht diesen experimentellen Ort als Raum für die offene Gesellschaft: Menschen könnten hier das spezifische Wissen und die Soft Skills erlangen, die eine Stadt brauche. Dann müsse eine Vernetzung erfolgen, Stadtplanung, Architektur und Politik bräuchten einen Wissenstransfer.

Peter Kurz beklagte am ersten Tag des Symposiums treffend die Abwesenheit von Gemeinderäten, die ebendieses Wissenstransfer ermöglichen könnten. Stadtentwicklung sollte Bottom-Up erfolgen, „von unten nach oben“. Wenn allerdings so gut wie alle Konversionsflächen der Stadt einer einzigen städtischen Projektentwicklungsgesellschaft gehören, wird das schwierig. In Franklin Village, aktuell größte Konversionsfläche Mannheims, sind Baugruppen „herzlich willkommen“, doch gibt es dort aktuell keine einzige: zu groß die Hürden, zu gering die Unterstützung für sich selbst finanzierende soziale Wohnraumprojekte. Damit ist fraglich, was mit dem oft geäußerten Ziel, Banlieue-Bildung zu vermeiden, gemeint ist.

Das Mannheimer Symposium war selbst ein Beispiel der offenen Gesellschaft. Gerade an Tag zwei teilten Professorinnen, Architektinnen, Unternehmerinnen und Ökologen ihr Wissen aus der Praxis, bot sich Raum zur Vernetzung. Wie gelungen die Mannheimer Konversion ist, lässt sich noch nicht sagen. Es ist jedenfalls beachtlich, was in den letzten Jahren in Mannheim passiert ist. Doch jetzt kommt es auf die Zwischenbereiche an: Konversion ist eben nicht nur Bauen.

Ein aufrechter Freigeist in allen Systemen Bruno Flierl 1927–2023

Unweigerlich kam Spannung auf, sobald er ans Mikrofon trat, um zu einem seiner stets druckreifen Kommentare anzusetzen. Bruno Flierl war der einflussreichste Architektur- und Stadttheoretiker der DDR, zudem vehementer Kritiker der SED-Baupolitik. An den messerscharfen Analysen und provokanten Thesen dieses brillanten Redners kam in der DDR kein engagierter Architekt vorbei. Als nach 1990 das große Reisen begann, ließen sich seine Freunde und Schüler die Architekturwunder von Chicago, Brasilia oder Singapur lieber von ihm zeigen als von irgendwelchen Cityguides. Das lag wohl am kulturellen Konsens. Was und wie man im Osten über Planen und Bauen dachte, fand gerade unter Jüngeren seine Wurzeln in „Brunos“ unermüdlichen Lehr- und Leitsätzen: Architektur ist immer nur so gut, wie die Gesellschaft, in der sie entsteht.

Aufgewachsen in Schlesien, nach Kriegsdienst und französischer Gefangenschaft in Berlin gelangt, begann Bruno Flierl 1948 an der Hochschule in Charlottenburg Architektur zu studieren. Noch vor dem Diplom wechselte er in den Ostteil der Stadt, „aus Begeisterung für die Verheißungen der sozialistischen Alternative“. Hier wollte er den Traditionalismus der stalinistischen Baudoktrin überwinden, eine moderne Gesellschaft ohne moderne Architektur war ihm nicht vorstellbar. 1954 kam endlich die baupolitische Wende, in Moskau wurde auf Industrialisierung des Bauwesens orientiert. Mitten in jener Phase baukultureller Neuorientierung wurde Flierl 1962 die Chefredaktion der Fachzeitschrift Deutsche Architektur angeboten. Vom „Taufwetter“ beflügelt, suchte er das proklamierte Neue nicht nur in innovativen Bautechniken, sondern auch in einer Demokratisierung der Planung. Neueste Bauvorhaben wurden von ihm kritisch kommentiert, ästhetische Kontroversen angezettelt, auf Bürgerinteressen bei der Gestaltung ihrer Städte gepocht. Von frechen Disputen junger Absolventen mit dem Bauminister brachte er die Protokolle ins Blatt. Nach drei furiosen Jahren war er den Posten in der Zeitschrift wieder los. Neben zahllosen Sympathisanten hatte er jetzt auch zuverlässige Feinde, im Apparat.

Doch so leicht war er nicht abzuschütteln. In der Abteilung Theorie der Bauakademie gab es Raum für wissenschaftliche Forschung. Waren Publikationsmöglichkeiten rar, brachte er sein un-

dogmatisches Denken in gut besuchten Vorträgen unter die Leute. Aber die Kurve aus zähem Emporarbeiten und jähen Abstürzen schlingerte weiter. 1971 wurde er eine Stunde vor der Verteidigung seiner Dissertation nach Hause geschickt. Seine Abhandlung über „Industriegesellschaftstheorie im Städtebau“ huldigte westlicher Konvergenztheorie, böser Vorwurf: Konterrevolution! Promovierte er eben später. Nach sieben Jahren kam mit der Habilitation die Chance, die politisch gegängelte Bauakademie hinter sich zu lassen. Die Humboldt-Universität bot eine Dozentur für Architektur und Städtebauteorie.

Dann der entscheidende Eklat: 1981 hatte er auf einer gemeinsamen Tagung von Architekten- und Künstlerverband die Planungswillkür der Parteifürsten angeprangert und sich nebenbei über jüngste Ostberliner Repräsentierbauten lustig gemacht. Die aufkeimende Postmoderne prinzipiell ablehnend, fand er die belanglosen Kisten nur mit Ornamenten behängt. So rief er erneut seine Intimfeinde auf den Plan, diesmal würden sie ihn endgültig zur Strecke bringen. Er verlor alle Funktionen im Berufsverband, sein nächster Aufsatz, bereits fertig gedruckt, wurde aus dem Verkehr gezogen. Die Stelle an der Universität geriet ins Wanken. Da erlitt er, sieben- und fünfzigjährig, einen Schlaganfall. Spöttisch nannte sich „Bruno“ fortan Privatwissenschaftler, dank „Rentnerpass“ konnte er endlich alle berühmten Wolkenkratzer der Welt besichtigen – eine Leidenschaft, die dann zu einem ansehnlichen Buch führte.

Der neudeutschen Hauptstadt indes wollte er diesen Bautypus niemals gönnen – verkörperte der ja Kapitalismus pur, und davor hätte er sein Berlin am liebsten verschont. Als ab 1990 Planungen für die zwei zu vereinigenden Halbstädte entstanden, war Bruno Flierl natürlich dabei, denn keiner kannte sich besser aus mit den repräsentativen Räumen und Achsen zwischen Spreeinsel und Alexanderplatz. Dass ausgerechnet das zu DDR-Zeiten konsequent modern geprägte Zentrum Ostberlins aus westlicher Planersicht einer fundamentalen Korrektur unterworfen werden sollte, machte ihm schwer zu schaffen. Gegen den Privatisierungsfuror des retroseligen Senatsbaudirektors Hans Stimmann stritt Flierl für Rationalität und Großzügigkeit in einer Stadt für alle. Er wollte in keine Welt „vor der DDR“ zu-



Foto: Frank Schumann

rück, sondern Berlin für die unabsehbaren Fragen der Zukunft offen halten. Doch ob in den Stadtforen oder beim zähen Kampf gegen Hans Kollhoffs auftrumpfende Hochhausorgie am Alexanderplatz – Flierls Stimme erklang mit der Zeit immer einsamer. Zwar bestellte die Bonner Enquete-Kommission bei ihm einen Bericht über das DDR-Bauwesen, doch wanderte der unangehört ins Protokoll. In der Internationalen Expertenrunde, die 2002 über die Nachfolge des Palastes der Republik befinden sollte, stemmte er sich mit zahlreichen Minderheitsvoten gegen eine Replik des Hohenzollernschlosses; wohl ahnend, dass er genau dafür in der hochkarätigen Runde zugelassen war – als Feigenblatt, die unvermeidliche „Stimme des Ostens“.

Bruno Flierl war überzeugter Sozialist, aber er war kein Revolutionär. Er setzte auf die Kraft rationaler Argumente, hoffte stets auf die Einsicht einer belehrbaren Obrigkeit. Was ihm in der DDR den Ruf eines aufrechten Freigeistes eintrug, funktionierte nach den Spielregeln der Westgesellschaft nicht mehr. Die erwies ihm alle Ehren, für seine Klugheit, Charme und Höflichkeit. Für Verdienste in einer vergangenen Zeit. Jetzt nur noch Zuschauer zu sein fiel ihm ungeheuer schwer: „Wie soll ich mich noch Architekturtheoretiker nennen, wenn ich für diese Gesellschaft keine Theorie mehr habe?“ Rückblickend sah er keinen Grund, verbittert oder enttäuscht zu sein: „Einfach realistisch. Geschichte ist eben so.“ Immerhin, 96 höchst aufregende Jahre waren ihm vergönnt, einem rastlosen Zeugen des Jahrhunderts der Moderne, der in der Nacht vom 16. zum 17. Juli in einem Berliner Altenheim verstarb. **Wolfgang Kil**